

# FRIEDENS JOURNAL



## Wirkliche Sicherheit anstatt Sicherheitsstaat!



30 Mrd.  
Euro  
?



- Münchner Sicherheitskonferenz: Der Wille zum Krieg
- Präventiver Sicherheitsstaat im permanenten Ausnahmezustand?
- Existenzbedrohung Klimawandel: Künftige Fluchtbewegungen
- Afrin: Der türkische Nationalismus in neuer Blüte
- Kampagne „Abrüsten statt Aufrüsten“ – Was tun?



Herausgeber:  
Bundesausschuss  
Friedensratschlag

März - April 2018/Nr. **2**

## Inhalt

## SCHWERPUNKT

„Sicherheitskonferenz“: Der Wille zum Krieg	3
Präventiver Sicherheitsstaat im permanenten Ausnahmezustand?	5
Existenzbedrohung Klimawandel: Künftige Fluchtbewegungen	8

## BRENNPUNKT

Afrin: Der türkische Nationalismus in neuer Blüte	10
---	----

## FRIEDENSBEWEGUNG

Kampagne „Abrüsten statt aufrüsten“ – Was tun?	12
--	----

## RUBRIKEN

Pressemitteilung zu Sicherheitsreport 2018	7
Angst im Sozialstaat	14
Friedensnetz Baden-Württemberg	15
Materialien der Kampagne „Abrüsten statt Aufrüsten“	16

## REDAKTIONELLE INFO

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:	5.3.2018
Die nächste Ausgabe erscheint am:	8.5.2018

## IMPRESSUM

Das Friedensjournal erscheint 6-mal jährlich und ist zum Spendenbeitrag von mindestens 15,00 EUR über die Redaktionsanschrift zu beziehen.

**Internetausgabe des Friedensjournals:**  
[www.frieden-und-zukunft.de/?Friedensjournal](http://www.frieden-und-zukunft.de/?Friedensjournal)  
 einschließlich digitalem Archiv ab 2010.

ISSN 2193-9233

**Herausgeber:**  
 Bundesausschuss Friedensratschlag  
 Germaniastraße 14, 34119 Kassel  
[www.friedensratschlag.de](http://www.friedensratschlag.de)

**Redaktion:**  
 Hugo Braun, Christine Buchholz, Lühr Henken,  
 Dieter Lachenmayer, Werner Ruf, Bärbel Schindler-  
 Saefkow, Horst Trapp, Ewald Ziegler,  
 V.i.S.d.P.: Karl-Heinz Peil

**Redaktionsanschrift:**  
 Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.  
 c/o Gewerkschaftshaus Frankfurt,  
 Wilhelm-Leuschner-Straße 69 –77,  
 60329 Frankfurt am Main,  
 Tel.: 0 69/24249950 · Fax: 0 69/24249951  
 e-Mail: [Frieden-und-Zukunft@gmx.de](mailto:Frieden-und-Zukunft@gmx.de)

**Kontoverbindung:**  
 Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.  
 Frankfurter Sparkasse  
 IBAN: DE20 5005 0201 0200 0813 90  
 BIC: HELADEF1822

## Existenzielle Sicherheit anstatt Sicherheitsstaat!

Liebe Leserinnen und Leser,

entscheidend für die Wirksamkeit von friedenspolitischen Aktionen und Kampagnen ist, inwieweit die hierbei vorgebrachten Themen der Wahrnehmung in der deutschen Bevölkerung entsprechen. Jüngste Umfrageergebnisse, die in dem kürzlich vorgestellten „Sicherheitsreport 2018“ präsentiert wurden, zeigen danach sowohl die Sorge um den Weltfrieden wie auch die Angst vor Terrorismus als dominierend.

Dass es um den Weltfrieden – hauptsächlich wegen der NATO – schlecht bestellt ist, war vor kurzem auch die Meinung derjenigen, die am 17. Februar in dichtem Schneetreiben in München gegen die dortige „Sicherheitskonferenz“ demonstriert haben. Gleichzeitig wurde im warmen Konferenzsaal zwar auch die Sorge um den Weltfrieden geteilt, jedoch mit dem Vorsatz „weiter so“, den man nur noch als Willen zum Krieg bezeichnen kann. Diese Politik ist ein Vabanque-Spiel mit einem globalen Atomkrieg, der aber noch zu verhindern ist.

Demgegenüber haben die sich abzeichnenden Wirkungen des Klimawandels zwingende Konsequenzen für die Existenz der gesamten Menschheit. Wir haben deshalb in dieser Ausgabe einen Beitrag aufgenommen, der dieses anhand der Konfliktregion des Mittleren Ostens detailliert aufzeigt. Hierbei geht es nicht nur um künftige Szenarien, sondern um Probleme, die bereits jetzt z.B. in Syrien virulent sind.

Das Thema der „inneren Sicherheit“ wird von Rolf Gössner in unseren Interviewfragen beantwortet. Hierbei geht es um eine beängstigende Entwicklung mit einer Vermengung von polizeilichen Maßnahmen mit einer Militarisierung der „inneren Sicherheit“. Sein Fazit: besteht darin, dass das

vorherrschende Sicherheitsdenken aufgebrochen werden muss zugunsten einem Verständnis der Ursachen von Terror, Gewalt und organisierter Kriminalität.

Bundeswehr und Militärausgaben werden gemäß der Umfrage im Sicherheitsreport nur nach nachrangig angesehen, obwohl die Angst um den Weltfrieden durchaus gegenwärtig ist. Wir sollten deshalb den Irrsinn aufzeigen, der sich mit zusätzlichen 30 Milliarden Euro für die Rüstung ergibt, wie derzeit geplant. In dem Beitrag von Karl-Heinz Peil wird – auch anhand der Umfrageergebnisse im „Sicherheitsreport 2018“ – dargestellt, welche Argumente für gesellschaftlich notwendigen und dringend gewünschten Ausgaben sinnvoll sind.

Die Kampagne „Abrüsten statt Aufrüsten“ entwickelt sich in diesem Sinne sehr erfreulich. Mit der Fortsetzung der Unterschriftensammlung „auf der Straße“ müssen auch Gespräche geführt werden, mit denen Passanten auch die möglichen Dimensionen zur Umschichtung von Haushaltsausgaben zu Lasten des Rüstungshaushaltes verdeutlicht werden kann.

Dieses sollte in den Wochen vor den Ostermärschen schwerpunktmäßig erfolgen. Dabei gilt es auch verstärkt um eine Rückbesinnung auf den ersten Entspannungsprozess in den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts gehen. Dieser erfolgte unter dem Namen „Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“. Akzente für Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet werden heute weltweit von China (Stichwort: Neue Seidenstraße) gesetzt, während die EU ihre Wirtschaftsblockaden gegenüber Russland fortsetzt.

Die Wiederherstellung normaler Beziehungen zu Russland muss auch von der Friedensbewegung erkämpft werden.

*Die Redaktion*

## Materialien des Bundesausschusses Friedensratschlag

Der Bundesausschuss Friedensratschlag veröffentlicht jährlich friedenspolitische Forderungen und Vorschläge zur Schwerpunktsetzung. Damit versuchen wir, die gesamte Bandbreite der Friedensbewegung abzudecken und themenbezogene Forderungen vorzuschlagen. Unsere Friedenspolitischen Forderungen verstehen sich als Arbeitspapier und Vorlage für Initiativen und Kampagnen: vor Ort, regional und bundesweit. Die inhaltliche Diskussion sollte damit an möglichst vielen Stellen zugunsten der konkreten Vorbereitung von Friedensaktionen vereinfacht werden.

## Aktuelle Dokumente:

**Friedenspolitische Forderungen 2018  
 des Bundesausschusses Friedensratschlag**

**Schwerpunktsetzungen zur Verbreiterung  
 der Friedensbewegung**

*Abrufbar auf unserer Homepage unter  
[http://www.friedensratschlag.de/  
 ?Unsere\\_Grundsätze\\_und\\_Ziele:Aktuelle\\_Positionen](http://www.friedensratschlag.de/?Unsere_Grundsätze_und_Ziele:Aktuelle_Positionen)*

# Münchner Sicherheitskonferenz: Der Wille zum Krieg

von German Foreign Policy

Appelle zu einer größeren Kriegsbereitschaft "Europas" und zu entschlossener EU-"Machtprojektion in die Welt" haben die kürzliche Münchner Sicherheitskonferenz geprägt. Zur derzeit kräftig verstärkten Aufrüstung müsse in der EU "der gemeinsame Wille" hinzukommen, das eigene "militärische Gewicht auch tatsächlich einzusetzen", forderte Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen. Außenminister Sigmar Gabriel verlangte, man dürfe bei der eigenen "Machtprojektion" künftig "auf das Militärische ... nicht ... verzichten". Gegenwärtig komme man dabei zwar noch nicht ohne die Mitwirkung der NATO respektive der US-Streitkräfte aus; doch wolle man mit Washington "auf Augenhöhe ... kooperieren" - und "nicht im Gefolgschaftsverband". Laut der französischen Verteidigungsministerin ist die EU in der Lage, in absehbarer Zeit so stark aufzurüsten, dass Unterstützung durch die USA nicht mehr nötig ist. Gabriel beschimpft Russland und China, mit denen sich der Westen heute in "Systemkonkurrenz" befinde, als "Autokratien".

## "Freiheit und Demokratie"

Hintergrund der in München geäußerten Forderung nach größerer Kriegsbereitschaft Deutschlands und der EU ist laut Außenminister Gabriel, dass sich die Bundesrepublik in einer neuen "Systemkonkurrenz" befinde. Dabei handle es sich um eine "Systemkonkurrenz zwischen entwickelten Demokratien und Autokratien".

Als Autokratien - Gabriel bezog den Begriff auf Russland und China - werden politische Systeme bezeichnet, in denen ein Alleinherrscher ohne jegliche Einschränkung durch Wahlen oder durch eine Verfassung regiert. Im Machtkampf gegen Moskau und Beijing, durch dessen Aufstieg sich die globalen "Gewichte massiv verschieben" würden, gehe es "wieder um die alte Frage von Freiheit und Demokratie", behauptete Gabriel in direktem Anknüpfen an das PR-Vokabular des Kalten Kriegs. Dass es sich bei dem angeblichen Kampf für "Freiheit und Demokratie" erneut nur um Propaganda



Screenshot aus Video über die Demo und Kundgebung gegen die Sicherheitskonferenz am 17.2.2018, Quelle: eingeSCHEkt.tv / YouTube

handelt, zeigt exemplarisch, dass etwa die engsten Verbündeten des Westens in Mittelost, die arabischen Golfmonarchien und -emirate, der Herrschaftsform der Autokratie sehr nahe kommen. Im historischen Kalten Krieg war der Westen sich sogar nicht zu schade, im Namen der "Freiheit" mit faschistischen Diktaturen zu kooperieren - etwa in Spanien und in Lateinamerika.

## Europas Machtprojektion

Die Äußerungen Gabriels sowie von Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen in München bestätigen einmal mehr, dass Deutschland im globalen Machtkampf zweigleisig fährt. Demnach ist die Hauptsäule der deutschen Außen- und zunehmend auch der Militärpolitik die EU. Gabriel drang ergänzend darauf, die EU-Außenpolitik nun endlich einheitlich zu gestalten und "ein gemeinsames Verständnis" globaler Interessen zu schaffen. Außerdem müssten "Strategien und Instrumente" entwickelt werden, "um diese Interessen gemeinsam durchzusetzen": "Europa braucht ... eine gemeinsame Machtprojektion in die Welt." Dabei dürfe man "auf das Militärische ... nicht ... verzichten". In einem ersten Schritt schlägt Gabriel eine "Initiative" vor, "um von Osteuropa bis nach Zentralasien und auch in Afrika den Ausbau von Infrastruktur zu fördern, mit europäischem Geld, aber auch nach europäischen Maßstäben". Dies richtet sich erkennbar gegen Chinas "Neue Seidenstraße"

sowie gegen die chinesischen Aktivitäten in Afrika.

Allerdings sind ähnliche Vorhaben der EU bislang durchweg gescheitert.

## "Auf Augenhöhe mit den USA"

Langfristig strebt die EU es an, ihre "Machtprojektion" ausschließlich mit ihren eigenen militärischen Mitteln durchsetzen zu können. Dies hat die französische Verteidigungsministerin Florence Parly am Freitag in München bekräftigt. Die Forderung nach "strategischer Autonomie" der EU bedeute auch, dass Brüssel perspektivisch in der Lage sein müsse, Militärinterventionen ohne Rückgriff auf die NATO oder die US-Streitkräfte durchzuführen, erklärte Parly. Das aber sei zumindest gegenwärtig noch nicht der Fall, hat Gabriel in München konstatiert: "Wenn wir in dieser Welt ... prägend sein wollen, dann müssen wir aber auch erkennen, dass unsere eigene Kraft in Europa dafür nicht ausreichen wird. Weder wir noch die Vereinigten Staaten schaffen dies im Alleingang." Daher suche man - gegen Russland, gegen Nordkorea und künftig wohl auch gegen China - "den engen Austausch und die Verständigung mit den amerikanischen Verbündeten". Der Außenminister legt allerdings Wert auf die Feststellung: "Die Europäische Union ist ein durchaus selbstbewusster Partner, der vertrauensvoll und auf Augenhöhe mit den USA kooperieren will" - "aber eben nicht im Gefolgschaftsverband".

## "Mehr Kampfpanzer, weniger Denkfabriken"

Entsprechend setzt Berlin entschlossen darauf, den "europäischen Pfeiler" des westlichen Kriegsverbündnisses zu stärken: "Europa" müsse "auch militärisch ... mehr Eigenständigkeit und Eigenverantwortung tragen" - "letztlich auch in der NATO", forderte von der Leyen in München.

Wie berichtet wird, ist die Verteidigungsministerin als Nachfolgerin von NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg im Gespräch, dessen Amtszeit im Jahr 2020 abläuft. Vorbehalte gebe es lediglich noch in der Türkei; sie gälten aber "nicht als unüberwindbar". In München ist weithin Beifall zu der Personalie geäußert worden, die den Berliner Einfluss im westlichen Kriegsverbündnis stärken würde. Allerdings müsse man dann den deutschen Wehretat tatsächlich auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts erhöhen, urteilt der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Bundestags, Norbert Röttgen (CDU).

Berlin hat 2017 gut 37 Milliarden Euro für die Bundeswehr ausgegeben; zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts wären über 65 Milliarden Euro gewesen. Frankreich hat inzwischen einen Plan vorgelegt, um seinen Wehretat entsprechend zu erhöhen; im vergangenen Jahr wären dies statt den real 32,4 Milliarden Euro mehr als 51 Milliarden Euro gewesen.

Paris will das 2-Prozent-Ziel Mitte der 2020er Jahre erfüllen. Die Stimmung unter den europäischen NATO-Mächten hat Polens Ministerpräsident Mateusz Morawiecki in München so

formuliert: "Wir brauchen mehr Kampfpanzer und weniger Denkfabriken."

## Rücksicht auf die Ostfraktion

Bei alledem schließt Außenminister Gabriel für den Fall, dass Russland zu Zugeständnissen bereit sein sollte, einen schrittweisen Abbau der aktuellen Sanktionen nicht aus; einen solchen fordert die Ostfraktion der deutschen Wirtschaft schon lange. Moskau solle "in uns auch etwas anderes erkennen als einen Gegner", warb Gabriel in München: "In der Zusammenarbeit mit Europa" lägen für Russland "Chancen für nachhaltigen wirtschaftlichen Erfolg". Am Rande der Sicherheitskonferenz hat Gabriel allerdings bestätigt, dass über den möglichen schrittweisen Abbau der Sanktionen in der Bundesregierung noch kein Konsens besteht. Ganz unumstritten ist lediglich, dass der militärische Druck gegenüber Moskau aufrechterhalten wird.

## Eine historische Wegscheide

Gabriel ordnet die aktuelle weltpolitische Entwicklung als eine historische "Wegscheide" ein, "wie sie die Welt nur alle paar Jahrhunderte erlebt". In der Gegenwart werde entschieden, ob man "den Beginn eines neuen asiatischen Zeitalters ... und die Selbstaufgabe des ... Westens" zu konstatieren habe - oder ob "unser Kontinent" den "Mut" aufbringe, "sich den Herausforderungen einer weit unbequemeren und risikoreicheren Welt zu stellen als die, in die wir dachten hineinzuwachsen", erklärte der Außenminister in München. In den 1430er Jahren hätten

sich die europäischen Mächte aufgemacht, "die Welt zu erkunden"; zur selben Zeit habe China, das schon zuvor ebenfalls begonnen hatte, auf andere Kontinente zu expandieren, dies eingestellt.

In der Tat setzte sich in der chinesischen Hauptstadt damals diejenige Interessensfraktion durch, die die unwägbareren Risiken der Expansion zugunsten der Fokussierung auf eine gedeihliche Entwicklung im eigenen Reich zurückwies. Damals sei "eine Vorentscheidung über die nächsten Jahrhunderte" gefallen, erklärte Gabriel: Während China sich zurückgezogen habe, habe sich "Europa" aufgemacht, "die Welt zu erobern". Die Opfer, die die mörderischen Eroberungszüge "Europas" und seine blutige Kolonialherrschaft in Nord- und Südamerika, in Australien, in fast ganz Afrika und weiten Teilen Asiens gekostet haben, sind bekannt.

## Die „neue Seidenstraße“

"One Belt, One Road" sieht vor, die Verkehrskorridore aus China in Richtung Westen systematisch auszubauen: zum einen auf dem Landweg über Zentralasien und Russland bzw. Iran/Türkei bis nach Europa; zum anderen auf dem Seeweg durch das Südchinesische Meer, die Straße von Malakka und den Indischen Ozean bis nach Ostafrika bzw. durch das Rote Meer und den Suezkanal ins Mittelmeer.

Das Projekt, das unter anderem Straßen, Schienennetze, Hochgeschwindigkeitszüge und Häfen umfasst, soll den Handel beleben und den beteiligten Staaten dadurch ökonomisch Aufschwung bringen.

Die Dimensionen sind gewaltig: Inzwischen haben sich der "Neuen Seidenstraße" mehr als 65 Staaten angeschlossen, die rund ein Drittel der globalen Wirtschaftsleistung erbringen und mit 4,4 Milliarden Menschen mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung stellen.

Beijing hat bislang Kredite in Höhe von mehr als 800 Milliarden Euro vergeben; langfristig wird mit einem noch viel höheren Volumen gerechnet.

Quelle: (German Foreign Policy)



Geplante Routen der „neuen Seidenstraße“, Quelle: RT Deutsch

## Präventiver Sicherheitsstaat im permanenten Ausnahmezustand?

Interview mit Rolf Gössner



Foto: Wikipedia

*Dr. Rolf Gössner ist Anwalt, Publizist und u.a. Vorstandsvorsitzender der Internationalen Liga für Menschenrechte sowie Autor/Herausgeber zahlreicher Bücher zur Demokratie, Bürgerrechten und „Innerer Sicherheit“. Die Thematik des Interviews war auch Gegenstand eines Workshops auf dem letzten Friedensratschlag in Kassel.*

*FJ: Der staatliche „Antiterrorkampf“ stellt sich immer mehr als ein Umorientierungs- und Umgestaltungsprogramm heraus - ein Programm der Demontage hergebrachter Grundsätze des Völkerrechts, der Menschen- und Bürgerrechte und des liberal-demokratischen Rechtsstaates. Wenn man Ihre zahlreichen Publikationen zu dieser Thematik verfolgt, dann ist dieser Befund von Ihnen nicht neu. Was hat sich nun in der jüngsten Zeit diesbezüglich zugespitzt?*

R.G.: Wir befinden uns seit 9/11 in einer länger währenden Umgestaltungsphase, die uns nach und nach in einen präventiv-autoritären Sicherheitsstaat führt, in dem der Ausnahmezustand praktisch zum Normalzustand wird. Es handelt sich um einen Prozess der Entgrenzung staatlicher Macht sowie der Militarisierung der „Inneren Sicherheit“. Die Reaktionen auf die jüngeren mörderischen Anschläge u.a. in Frankreich, Belgien, England und Deutschland zeigen, dass wir uns mitten in einer fatalen Aufrüstungsdynamik befinden - mit altbekannten medialen und sicherheitspolitischen Reflexen.

Dabei erschallt der immer gleiche hilflose, aber auch berechnende Schrei nach dem starken Staat: nach abermaligen Gesetzesverschärfungen, verfassungswidrigen Militäreinsätzen im In-

und Ausland, weiterer Polizei- und Geheimdienst-Aufrüstung, noch mehr Überwachung und Erfassung der Bevölkerung, nach zügiger Abschiebung von Flüchtlingen...

Und seit dem Berliner Anschlag Ende 2016 überschlagen sich die Aufrüstungsvorschläge in Bund und Ländern – obwohl doch gerade in diesem Fall eklatante Fehleinschätzungen und Vollzugsdefizite der Sicherheitsbehörden zu Tage tra-

ten. Statt einer überfälligen Evaluierung der bisherigen Sicherheitsgesetze und ihrer Umsetzung - und einer Nachjustierung, wo nötig - wurden in einem regelrechten Überbietungswettbewerb unzählige weitere Verschärfungen gefordert und durchgesetzt.



Foto: Politische Clowns treiben Schabernack mit den Polizisten, die den Protest gegen den G 20 Gipfel in Hamburg bewachen sollen. Quelle: Christoph Bellin

Nur einige Stichworte: Videoüberwachungsverbesserungsgesetz und Videoüberwachung mit Gesichtserkennung im öffentlichen Raum bis hin zur Befugnis im BKA-Gesetz, sog. terroristische Gefährder zur Aufenthaltskontrolle präventiv in elektronische Fußfesseln zu legen oder aber, wie in Bayern, drei Monate lang oder länger in Präventivhaft zu nehmen – also Menschen, die zwar noch nicht straffällig geworden sind, ihnen dies aber aufgrund bestimmter Anhaltspunkte zugetraut wird.

Dann die heimliche Online-Durchsuchung und Quellen-TK-Überwachung mittels Staatstrojanern zur Ausfor-

schung von Computern und Smartphones sowie zur Überwachung verschlüsselter Kommunikation; das Auslesen von Handy-, Laptop- und Foto-Daten von Geflüchteten zur Überprüfung ihrer Herkunft, Staatsangehörigkeit, Identität und Fluchtwege - auch ohne deren Zustimmung und unter Missachtung ihrer Privat- und Intimsphäre, usw. usf.

Mit dieser Art präventiver Sicherheitspolitik mutiert der Mensch zum potentiellen Sicherheitsrisiko, der - unter Umkehr der Beweislast - im Zweifel seine Unschuld nachweisen muss. Damit werden gerade jene viel beschworenen Werte beschädigt, die es doch zu schützen gilt: Demokratie und Rechtsstaat, Bürgerrechte und Unschuldsvermutung, Rechtssicherheit und Freiheit. Wohl wissend, dass es weder in einer hoch technisierten Risikogesellschaft

noch in einer offenen und liberalen Demokratie absoluten Schutz vor Gefahren und Gewalt geben kann.

*FJ: Welche neue Dimension stellt die Polizeigewalt bei den G20-Gegenaktionen Anfang Juli letzten Jahres dar?*

R.G.: Die damals keinesfalls deeskalierende, sondern explizit eskalierende Polizeistrategie während des G-20-Gipfels in Hamburg war u.a. gekennzeichnet von systematischer Beschneidung der Demonstrationsfreiheit, polizeilichen Übergriffen und Gewalt gegen friedliche Demonstrant\*innen, Verhinderung von Camps zum Übernachten,

Schikanen bei An- und Abreise der Demoteilnehmer, rechtswidrigen Inge-  
wahrnahmen, Behinderung von  
Anwälten sowie willkürlicher Entzie-  
hung der Akkreditierung unliebsamer  
Journalisten. Diese Strategie lieferte  
einen bitteren Vorgeschmack darauf,  
wie eine Stadt in einen nicht erklärten  
Ausnahmestand versetzt werden kann.



Foto: Israelische Soldaten der IDF bei einer Übung in einem „Urban Warfare Center“, Quelle: Flickr

Solch großangelegten polizeilichen „Notstandsübungen“ werfen die Frage nach der verfassungsrechtlichen Verhältnismäßigkeit auf sowie nach der verbleibenden Grundrechte-Substanz. Und die weitere Frage: Wappnet sich der Staat mit seiner Aufrüstung und Anhäufung von Kontroll- und Repressionsinstrumenten auf Vorrat – gerade in Zeiten verschärfter ökonomisch-sozialer Krisen, sozialer Spaltung und politischer Spannungen – nicht nur gegen Terror und Gewaltkriminalität, sondern vorsorglich auch gegen mögliche soziale Unruhen und militante Aufstände hierzulande?

*FJ: Was bedeuten die gemeinsamen Antiterror-Übungen von Bundeswehr und Polizei, wie GETEX 2017?*

R.G.: Anfang 2017 kam es zu einer geschichtsvergessenen Grenzüberschreitung: Da wurden unter dem Namen GETEX 2017 in sechs Bundesländern Übungen eines gemeinsamen Antiterror-Einsatzes von Polizei und Bundeswehr durchgeführt. Das Szenario: Im Bundesgebiet kommt es zu gleichzeitig verübten Terroranschlägen – also zu einer „terroristischen Großlage“, mit deren Bewältigung die Polizei überfordert sei.

Diese Großlage deklarierte man zum Katastrophenfall, um so einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts (2012) zu genügen und den Militäreinsatz im Inland verfassungskonform erscheinen zu lassen. So kam die Bundeswehr mit dieser Übung außerhalb des (Natur-)Katastrophenschutzes und zum Zweck der „Terrorbekämpfung“ zum Einsatz und sie leistete der Polizei nicht nur Amtshilfe, sondern nahm auch eigene hoheitliche Aufgaben mit militärischen Mitteln wahr. Das war eine verfassungsrechtlich heikle Grenzüberschreitung – gerade in einer Zeit, in der sich die Bundeswehr in einer Phase signifikanter Entgrenzung und

Aufrüstung befindet und die „Innere Sicherheit“ in einer Phase fortschreitender Militarisierung.

*FJ: Welche Rolle spielt dabei das Gefechtsübungszentrum des Heeres (GÜZ) mit der neuen Übungs- und Kampfstadt „Schnöggersburg“ in Sachsen-Anhalt zur Erprobung der Aufstandsbekämpfung in urbanen Ballungsräumen?*

R.G.: Im GÜZ sollen (demnächst) Bundeswehrsoldaten den „asymmetrischen Krieg“ realitätsnah im urbanen Raum trainieren. Auf dessen Gelände wird seit 2012 eine sechs Quadratkilometer große und über 140 Mio. Euro teure Übungsstadt namens „Schnöggersburg“ aufgebaut. Hier in der Colbitz-Letzlinger Heide entsteht Europas größte militärische Übungs- und Kampfstadt unter Regie des Rüstungskonzerns Rheinmetall: ein „urbaner Ballungsraum“ mit 520 Gebäuden, einer Altstadt und Hochhausiedlung, einem Regierungs- und einem Elendsviertel, mit Industriegebiet und Bahnstation, Flughafen, Straßen, U-Bahn und Kanalisation, mit Kirche bzw. Moschee („Sakralgebäude“), Schule, Flüchtlingslager und Gefängnis, Supermarkt, Stadion und Stadtpark mit künstlich angelegtem Fluss

und Brücken – also eine typische Infrastruktur moderner Metropolen, dort, wo sich soziale Konfliktlagen zusammenballen und gewaltsam entladen können.

Nach der Fertigstellung von „Schnöggersburg“ (2018-20) werden Bundeswehr-, EU- sowie NATO-Kampfverbände gemeinsam den „asymmetrischen“ Krieg und Häuserkampf in Großstädten proben – für weitere Auslandseinsätze, aber auch nutzbar für militärische Heimatschutz-, Antiterror- und Aufstandsbekämpfungseinsätze im Inneren des Landes.

*FJ: Die Befähigung zur Cyberkriegsführung hat bei der Bundeswehr mittlerweile höchste Priorität. Was soll damit erreicht werden?*

R.G.: Mit dem neuen »Kommando Cyber- und Informationsraum«, das 2017 in Bonn in Dienst gestellt wurde, und der Aufstellung einer kompletten digitalen Kampftruppe mit (geplant) fast 14.000 Dienstkräften erfährt die Bundeswehr eine massive digitale Aufrüstung. Damit wird – neben Land, Luft, Wasser und Weltraum – ein fünftes Schlachtfeld, das sog. Schlachtfeld der Zukunft, eröffnet und der Cyberraum zum potentiellen Kriegsgebiet erklärt - weitgehend ohne Parlamentsbeteiligung, ohne demokratische Kontrolle, ohne rechtliche Grundlage.

Die Cyberkämpfer der Bundeswehr sollen damit nicht nur abwehren, sondern auch in fremde IT-Systeme eindringen und diese ausforschen dürfen; und sie sollen obendrein zu eigenen Cyberangriffen auf andere Staaten und deren Infrastruktur befähigt werden – diese manipulieren, fehlsteuern, lahmlegen, schädigen oder zerstören können, mit möglicherweise großem Schadens- und Verletzungspotential, vergleichbar dem konventioneller Waffen. Es geht also um die Befähigung zum Führen von Cyberkriegen. So sehen es die geheime »Strategische Leitlinie Cyber-Verteidigung« und das »Weißbuch 2016« des Verteidigungsministeriums vor.

*FJ: Welche Risiken sind damit verbunden? Könnten sich daraus auch neue Kriegsgefahren ergeben??*

R.G.: Selbst wenn es sich dabei um militärische Cybergewalt zur legitimen Selbstverteidigung gegen Militär-

attacken von außen handeln sollte, wäre das zwar völkerrechtlich prinzipiell zulässig, doch höchst riskant. Weil davon nicht allein militärische Ziele betroffen wären, sondern – zumindest als »Kollateralschäden« – auch zivile kritische Infrastrukturen. Denn digitale Waffen sind in einer vernetzten Welt keineswegs Präzisionswaffen, und die Streuwirkung kann immens sein. Und das mit gravierenden, ja lebensbedrohlichen Folgen für die Zivilbevölkerung wie etwa durch lang andauernde Ausfälle der Strom- und Wasserversorgung oder des Krankenhaus-, Gesundheits- oder Verkehrswesens.

All dies ist geeignet, das völkerrechtliche Gewaltverbot aufzuweichen sowie die Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit, zwischen Zivilem und Militärischem, zwischen Krieg und Frieden, zwischen Angriff und Defensive zu verwischen – und eine Datenattacke blitzartig in einen echten Krieg mit Raketen, Bomben und Granaten eskalieren zu lassen. Das bedeutet auch: Mit der Aufrüstung der Bundeswehr zum Cyberkrieg steigen Eskalationspotentiale, Kriegsbereitschaft und Kriegsgefahr.

*FJ: Auf welcher Ebene lässt sich Ihrer Meinung nach über diese Themen am besten aufklären und in zivilgesellschaftlichen Widerstand einbringen?*

R.G.: Dem skizzierten Aufrüstungs- und Umbauprozess müssen Menschen- und Bürgerrechtsgruppen, müssen Gewerkschaften und politisch-sozi-

ale Bewegungen, müssen wir alle energischer als bisher entgegen-treten. Wir brauchen starke nationale und europäische Protest- und Widerstandsbewegungen, die - über Deutschland und Europa hinausdenkend - für eine andere, für eine friedlichere Welt und eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung kämpfen.

Und wir müssen das vorherrschende angstbesetzte, polizei-, geheimdienst- und militärdominierte Sicherheitsdenken endlich aufbrechen und das kurzfristige, reflexhafte Kurieren von Symptomen überwinden. Wir brauchen einen anderen Sicherheitsbegriff, der nachhaltig an den ökonomischen, geopolitischen, sozialen, militärischen und ideologischen Ursachen und Bedingungen von Terror, Gewalt und organisierter Kriminalität ansetzt. Denn die Übel in Gesellschaft und globalisierter Welt sind kaum mit Antiterrorgesetzen, Polizei, Geheimdiensten und Militär wirksam und nachhaltig zu bekämpfen, sondern vielmehr mit sozialer Gerechtigkeit und Sicherheit, mit fairer Integration, Rüstungskonversion, ziviler Konfliktprävention, einer humanen Flüchtlingspolitik und konsequenter Umwelt-, Klima- und Friedenspolitik.

*Interviewfragen: Karl-Heinz Peil*

### **Aufruf: Gemeinsam Grundrechte verteidigen!**

Wir rufen dazu auf, gemeinsam aktiv zu werden: Auf der Straße und in Aktionen, in Diskussionen in Betrieben, Schulen und Nachbarschaften. Denn auch Monate nach dem G20-Gipfel und den Protesten in Hamburg füllt das Jahr 2017 ein ganzes „Schwarzbuch der Grundrechtseingriffe“ rund um den staatlichen und polizeilichen, medialen und politischen Umgang mit den Protesten. [...]

Aber auch jenseits der Ereignisse in Hamburg sind die zentralen politischen Rechte der Freiheit, sich zu versammeln, politisch und sozial zusammenzutun und öffentlich eine grundsätzlich andere Meinung kundzutun, in Gefahr: Hiervon sind gerade auch die fortschrittlichen kurdischen und türkischen Organisationen und Vereine betroffen, wie NAV-DEM, Anatolische Föderation, ATIK und YXK, die sich gegen den Autokraten Erdogan organisieren. Ihre Organisationen werden kriminalisiert, ihre Fahnen werden verboten, ihre Mitglieder verhaftet und ihre Demonstrationen immer wieder polizeilich aufgelöst und schikaniert. [...]

Aber Hamburg hat auch gezeigt: Zehntausende Menschen haben sich gegen einen politisch erzeugten und polizeilich durchgesetzten Ausnahmezustand und das Klima der Angst zur Wehr gesetzt. Sie sind gegen die Politik der G20 auf die Straße gegangen, sie haben sich aller Angstmacherei zum Trotz zum Cornern oder Tanzen, Demonstrieren, Diskutieren und Blockieren versammelt. [...]

*Quelle: [www.demonstrationsrecht-verteidigen.de](http://www.demonstrationsrecht-verteidigen.de)*

## **Sicherheitsreport 2018**

### **Deutsche haben Angst vor Terrorismus und sorgen sich um den Weltfrieden**

In einer repräsentativen Umfrage haben das Centrum für Strategie und Höhere Führung und das Institut für Demoskopie Allensbach untersucht, welche Risiken und Sorgen aktuell die Bundesbürger umtreiben. Bereits im siebten Jahr in Folge erhebt der „Sicherheitsreport“ das Sicherheits- bzw. Bedrohungsgefühl der Deutschen mit besonderen Schwerpunkten auf den Bereichen innere und äußere Sicherheit des Landes.

Die Bevölkerung macht sich aktuell insgesamt deutlich weniger Sorgen um ihre Sicherheit als noch 2016. Allerdings bewegt sich die Angst vor Terrorismus und Gewaltverbrechen weiterhin auf sehr hohem Niveau. So fühlen sich derzeit 36 Prozent der Bundesbürger persönlich durch Terroranschläge bedroht.

Für die Zukunft geht die Bevölkerung mehrheitlich von zunehmenden Risiken in diesen Bereichen aus. Entsprechend hoch ist die Bereitschaft der Bevölkerung, dem Staat für Terrorabwehr und Verbrechensbekämpfung nach richterlicher Genehmigung den Zugriff auf private Handys und Computer zu erlauben: 86 Prozent der Deutschen befürworten dies.

Zunehmende Bedrohungen erwarten jeweils breite Mehrheiten auch, wenn es um Altersarmut und Pflegebedürftigkeit, um Naturkatastrophen, sowie um Datenmissbrauch und -betrug im Netz geht.

Vom Staat erwartet die Mehrheit der Bevölkerung ein größeres Engagement, wenn es um die Bekämpfung von Terror und Kriminalität, auch Cyberkriminalität, geht. Höhere Investitionen in die Ausstattung der Polizei werden mehrheitlich befürwortet. Gleichzeitig wird das staatliche Gewaltmonopol zunehmend hochgehalten.

*Quelle: [www.glh-online.com](http://www.glh-online.com) / Pressemitteilung vom 14.2.2018*

# Existenzbedrohung Klimawandel: Künftige Fluchtbewegungen

von Klaus Meier, Netzwerk Ökosozialismus

Obwohl die Bundesregierung noch im Dezember 2015 das Pariser Klimaabkommen unterzeichnet hat, sieht ihre reale Politik anders aus. So wurde in der letzten Legislaturperiode der Großen Koalition der weitere Ausbau erneuerbarer Energien massiv ausgebremst. Im Koalitionsvertrag 2018 von CD/CSU und SPD wird nun unumwunden zugegeben, dass man die Klimaschutzziele für 2020 verfehlen werde. Stattdessen werden – unter Beibehaltung der klimaschädlichen Kohleverstromung – Absichtserklärungen für den Zeithorizont 2030 abgegeben, ohne die dafür erforderlichen Zusatzmaßnahmen zu spezifizieren.

Neuere wissenschaftliche Klimamodelle bestätigen nicht nur die globale Erwärmung. Schlimmer noch: Die Regionen im Süden und Südosten der EU sind bereits mittelfristig von dramatischen Klimaveränderungen bedroht – bis hin zur Unbewohnbarkeit. Große Flüchtlingswellen sind damit vorgezeichnet.

## Unbewohnbare Gebiete durch lang andauernde Hitzewellen

Bereits im April 2016 hat es eine Veröffentlichung von Wissenschaftlern des Mainzer Max-Planck-Instituts in Mainz auf die ersten Seiten der Tageszeitungen geschafft. Die Wissenschaftler haben mit kalibrierten Klimamodellen ermittelt, wie sich die Temperaturen in der sog. MENA-Region (Mittlerer Osten und Nordafrika) bis zum Ende des 21. Jahrhunderts entwickeln werden. Die Ergebnisse sind erschreckend:

Selbst wenn sich die Erde im Verhältnis zur vorindustriellen Zeit nur um 2° erwärmt, wird diese Durchschnittstemperatur in der Region doppelt so hoch steigen. Schon Mitte dieses Jahrhunderts wird in den heißesten Zeiten nachts das Thermometer nicht mehr unter 30°C fallen und am Tag sogar auf 46°C ansteigen.

Bis zum Ende des Jahrhunderts könnte dann die Mittagstemperatur sogar bei 50°C liegen. Und Hitzewellen könnten zehnmal häufiger auftreten als

heute: Dazu kommt, dass sich die Dauer der Hitzeperioden in den besonders betroffenen Gebieten Nordafrikas und des Nahen Ostens deutlich verlängern werden. In der Zeit von 1986 bis 2005 lagen sie im Durchschnitt noch bei 16 Tagen. Mitte des Jahrhunderts werden die sehr heißen Phasen bereits über 80 Tage und am Ende des Jahrhunderts sogar 118 Tage dauern. Und dies selbst dann, wenn ab 2040 die CO<sub>2</sub>-Emissionen wieder sinken würden. Wenn die Freisetzung von Kohlendioxid ungebremst fortgesetzt wird, müssen die Menschen in den MENA-Ländern sogar mit etwa 200 extrem heißen Tagen rechnen. Der Mainzer Atmosphärenforscher Lelieveld schlußfolgert:

*"Der Klimawandel wird die Lebensumstände im Nahen Osten und in Nordafrika weiter deutlich verschlechtern. Lang andauernde Hitzewellen und Sandstürme werden viele Gebiete unbewohnbar machen, was sicher zum Migrationsdruck beitragen wird."*

Und in den MENA-Ländern leben 550 Millionen Menschen.

## Syrien-Konflikt durch Klimawandel mitausgelöst

Wie eine durch den Klimawandel hervorgerufene Krise der Landwirtschaft zum Auslöser für schwere politische Erschütterungen eines ganzen Staates werden kann, ist von schwedischen Wissenschaftlern für Syrien untersucht worden. Ihre Daten zeigen, dass es in den letzten drei Jahrzehnten in Syrien und im Irak einen Rückgang des Niederschlags und erhöhte Temperaturen gegeben hat. Zusätzlich ist auch die Zahl und die Länge der Hitzewellen in der Region östlich des Mittelmeers angestiegen.

Besonders betroffen ist Syrien, das in einer Region liegt, in der auch bereits früher Wasser ein knappes Gut war. Zwischen 2006 und 2009 kam es dann zu einer schweren Trockenheit, von der insbesondere der Osten des Landes betroffen war.

Diese Brotkorb-Region, die gewöhnlich zwei Drittel der syrischen Ernte produzierte, brach landwirt-

schaftlich zusammen. Die Weizenerträge sanken um 47%, die Baumwollernten um 67% und auch der Viehbestand verringerte sich massiv. Etwa 800.000 Menschen verloren ihre Lebensgrundlage. Ein Großteil der Landbevölkerung flüchtete in die Städte. Diese Migration addierte sich zu den irakischen Flüchtlingen, die bereits seit dem Irak-Krieg von 2003 im Land lebten. Die Arbeitslosigkeit stieg und in 2011 kam es zum Aufstand breiter Bevölkerungsschichten gegen das Assad-Regime.

Es ist sicher nicht nur die klimatische Verschlechterung gewesen, die die syrische Krise ausgelöst hat. Ein Element waren auch die marktwirtschaftlichen Öffnungen, die die syrische Regierung nach 2000 einführte. Die damit verbundenen Subventionskürzungen und Liberalisierungen führten zu steigenden Preisen, einer größeren Verarmung, einer wachsenden sozialen Ungleichheit und regionalen Ungleichgewichten. Trotzdem war der heute eigentlich noch verhältnismäßig geringe Klimawandel ein wichtiges Element bei der Auslösung der folgenden politischen Erschütterungen.

## Hitzewellen die zum Tode führen

Doch es drohen nicht nur heiße Tage, sondern auch Hitzewellen, die lebensgefährlich sein können. Die australischen Wissenschaftler Sherwood und Huber haben im Jahr 2009 erstmalig auf diese Gefahr hingewiesen. Im Zentrum ihrer Arbeit steht der Begriff der "Kühlgrenztemperatur". Das ist die Temperatur, die von einem Quecksilber-Thermometer gemessen wird, das in ein feuchtes Tuch eingewickelt ist. Die Kühlgrenztemperatur bestimmt sich nicht nur aus der Temperatur, sondern auch aus der relativen Luftfeuchtigkeit. Damit liefert sie einen Maßstab, ob Menschen mögliche Hitzewellen noch überleben können.

So kann in trockenen Wüsten unsere Haut auch noch bei Außentemperaturen von 45° oder mehr effektiv gekühlt werden: Durch Schwitzen. Aber wenn die Luft zusätzlich noch mit



Feuchtigkeit gesättigt ist, zeigt das Schwitzen keine Wirkung mehr. Die Temperaturhöhe allein ist also kein zuverlässiger Maßstab, welche Temperaturen ein Mensch ertragen kann. Ein besserer Indikator ist die Kühlgrenztemperatur. Sogar gesunde und sportliche Menschen können eine Kühlgrenztemperatur von 35°C nicht länger als 6 Stunden überleben. Kranke, Alte und Kinder sterben schon viel früher. Eine Kühlgrenztemperatur von 35°C bildet damit eine Überlebensgrenze. Dies gilt nicht nur für Menschen, sondern auch für Säugetiere und sogar Reptilien.

Sherwood und Huber haben berechnet, dass bei einer globalen mittleren Temperaturerhöhung von 7°C, wie sie bei einem weiteren ungebremsten CO<sub>2</sub>-Ausstoß erreicht wird, auch die Kühlgrenztemperatur ansteigen wird. Ein Überleben auf einem großen Teil der irdischen Landmasse wird dann nicht mehr möglich sein. Dazu wird die Amazonas-Region, Indien, große Teile Afrikas, Australien und der gesamte Südwesten der USA gehören.

### **Der Persische Golf könnte zur lebensgefährlichen Region werden**

Die MIT-Wissenschaftler Pal und Eltahir haben aufbauend auf der Arbeit von Sherwood und Huber mit neuen und verfeinerten Klimamodellen die Entwicklung des Mittleren Ostens untersucht. Sie haben festgestellt, dass bis zum Ende des Jahrhunderts in der Region des Persischen Golfs ein regionaler Hitze-Hotspot entstehen wird,

wenn der Klimawandel nicht gestoppt wird.

Es wird dann in der Region extreme Hitzewellen geben, die alles überschreiten werden, was es in der menschlichen Geschichte bisher gegeben hat. Nach ihren Rechenmodellen wird diese Situation bereits nach 2070 auftreten.

Eine Temperatur von 45°C würde dann in der Golfregion einem normalen Sommermaximum entsprechen. Die Golfregion ist besonders deshalb gefährdet, weil die wolkenlosen Sommertage dazu führen, dass sich das Wasser des flachen Schelfmeeres stark aufheizen kann. Die heißen Winde, die von der Türkei und vom Irak aus über den Golf blasen, können so große Feuchtigkeit aufnehmen und sie tragen dann hohe Kühlgrenztemperaturen zu den meisten Städten am Golf. Das wird zukünftig lebensbedrohlich. Die Kühlgrenztemperatur wird nach den Berechnungen ab 2070 sehr oft oberhalb von 35°C liegen.

Davon betroffen sein werden u.a. Abu Dhabi, Dubai, Doha, Dhahran und Bandar Abbas. Kuwait City liegt am nördlichen Ende des Golfes und ist daher gegen hohe Kühlgrenztemperaturen etwas geschützter. Gleichwohl werden die maximalen Temperaturen hier bei unerträglichen 60°C liegen. Auch die sommerliche moslemische Pilgerreise nach Mekka könnte lebensgefährlich werden. Die Reichen in den Golfstaaten könnten sich in klimatisierten Räumen vielleicht gegen kritische Werte der Kühlgrenztemperatur schützen. Die Armen müssten die Sommerzeit

vermutlich in tiefen Erdbunkern verbringen. Wenn es aber zu Stromausfällen kommt, würde das Leben aller bedroht sein. Auch das Nahrungsproblem wäre ungeklärt. Und wie würden die ökonomischen Auswirkungen aussehen, wenn körperliche Arbeit außerhalb von klimatisierten Gebäuden zunehmend schwierig wird?

Frühere Klimaszenarien haben für die Zukunft durchaus gefährliche Temperaturen vorhergesagt. Aber die Information, dass wichtige Weltmetropolen schon im 21. Jahrhundert unbewohnbar werden, hat selbst Klimaexperten überrascht. Dass das realistisch werden kann, zeigen jüngste Temperaturentwicklungen in der Golfregion. So gab es hier bereits 2015 eine Hitzewelle, die Temperaturen von 50°C erreichte und zu einer großen Zahl von Toten führte. Dabei lag die Kühlgrenztemperatur im persischen Küstenort Bandar Mahshahr vorübergehend schon fast bei 35°C.

Noch bleibt Zeit, die beschriebenen Klimaextreme zu verhindern. Dafür muss der Widerstand gegen die Verbrennung fossiler Energieträger heute vor allem in Europa, Amerika und China geführt werden. Es ist das zentrale Thema, das alle anderen überschattet. Aber auch der Gegner sollte klar sein: Es ist der Kapitalismus, der sich an die Profite aus den fossilen Energien klammert. Hoffnung macht eine sich radikalisierte Klimabewegung, die im Wachstum begriffen ist, wie auch die jüngsten Protestaktionen anlässlich des COP23-Gipfels in Bonn gezeigt haben.

## **Kriege um Energie**

*aus der Erklärung des ökosozialistischen Netzwerkes*

Der Wachstumswahn der kapitalistischen Industrie kommt insbesondere in seinem ungehemmten Energiehunger und den daraus resultierenden Ressourcenkriegen zum Ausdruck. Erdöl ist der zentrale Lebenssaft der kapitalistischen Produktionsweise und ihrer Konsumwelt. Erdöl und Erdgas sind Schlüsselressourcen für die Energiegewinnung. Die Chemie-, Kunststoff- und die Pharmaindustrie sind ebenso auf Öl angewiesen. Auch die Militärmaschinerie kann einen Krieg um Öl nur mit Öl führen. Daneben sind das Uran und seine Folgeprodukte für den zeitgenössischen Kapitalismus sowohl eine zentrale Energiequelle wie auch der Stoff, der die Hegemonie der großen Atomkräfte auf militärischem Gebiet zementiert.

Das globale Wettrennen der USA und Europas um die knapper werdenden Ressourcen nimmt trotz neuer Abbauverfahren wie dem Erdgas-Fracking zu. In den Ländern rund um den Persischen Golf und das kaspische Meer lagern ca. zwei Drittel der Weltölvorräte und 50 % der Weltgasvorräte. Die Kriege gegen Afghanistan und den Irak ebenso wie in Libyen und Mali und die Kriegsdrohungen gegen den Iran unterstreichen den Anspruch der westlichen Industrienationen auf die dort lagernden Öl- und Uranvorräte.

Eine Energiewende ist deshalb nicht nur dringend notwendig, um der Klimaerwärmung, sondern auch den Rohstoffkriegen ein Ende zu bereiten. [...]

*Quelle: [www.oekosozialismus.net](http://www.oekosozialismus.net)*

## Afrin: Der türkische Nationalismus in neuer Blüte

von Elke Dangeleit, Berlin

Der türkische Nationalismus des Erdogan-Regimes breitet sich in allen gesellschaftlichen Bereichen rasant aus. Die Anzeichen eines türkischen Protektorats in Nordsyrien verdichten sich!

Präsident Erdogan möchte die Wahlen in 2019 um jeden Preis gewinnen; nein, er muss sie gewinnen. Denn im Falle einer Niederlage und einer Rückkehr zur Rechtsstaatlichkeit in der Türkei würden sich er und seine Vasallen wegen diverser Verfassungsbrüche, Korruption und Terrorismusunterstützung vor Gericht und wahrscheinlich im Gefängnis wiederfinden.

Nach der erfolgten Gleichschaltung der Medien, der Abschaffung der Judikative, der Zerschlagung der Opposition und der Selbsternennung zum "Reis", dem Oberhaupt der Türken, zückt Erdogan nun die nationalistische Karte und koppelt diese an den politischen Islam der Muslimbrüder.

Unterdessen verdichten sich die Anzeichen, dass Erdogan den ganzen Nordwesten Syriens, von Afrin über Jarablus, von Azaz bis nach Idlib als Protektorat dauerhaft besetzen will. Dabei knüpft er an das Osmanische Reich an. Erinnerungen an die Übernahme der Provinz Hatay Ende der 1930er Jahre werden wach.

### Krieg als identitätsstiftendes Moment

Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg auf Afrin mit seinen Kriegsverbrechen, wie der Völkerrechtler Norman Paech dies in einem Artikel der in Deutschland erscheinenden Zeitung "Yeni Özgür Politika" benennt, dient Erdogan dazu, die türkische Bevölkerung in nationalistischer Euphorie hinter sich zu scharen.

Dabei bedient er sich einer einfachen Formel: "Wer hinter mir und dem Krieg steht, ist ein guter Türke, wer gegen den Krieg ist, ist ein Vaterlandsverräter." Nationalismus und "Türkentum" will Erdogan nicht der rechten Konkurrenz der neuen IYI-Parti oder der faschistischen MHP überlassen. Diese Parteien könnten eine ernsthafte Konkurrenz für die AKP sein. Deswegen macht es aus Erdogans Sicht

Sinn, auf einen aggressiven und euphorischen Nationalismus zu setzen.

Damit dies flächendeckend umgesetzt wird, werden sämtliche Regierungsinstitutionen, Medien und zivilgesellschaftliche Organisationen in die Kampagne einbezogen. So traut sich kaum einer aus der noch im Lande verbliebenen kritischen Mittelschicht Kritik zu üben. Die wenigen Mutigen landen postwendend im Gefängnis. Über 500 Menschen wurden seit der Afrin-Invasion inhaftiert, weil sie auf Transparenten, Plakaten oder in den sozialen Netzwerken für Frieden und ein "Nein zum Krieg" eintraten.

In den Schulen malen die Kinder heroische Kriegsbilder. In der Provinz Hakkari ordnete eine Lehrerin an, solange für einen Sieg der türkischen Armee in Afrin zu malen, bis die "Terroristen" besiegt sind. Selbstverständlich wird den ahnungslosen Kindern nicht erzählt, dass die türkischen Soldaten dafür Kinder wie sie ermorden und Schulen und Krankenhäuser im Kanton Afrin bombardieren.

Von den Parteien neben der AKP gibt es außer der linken HDP keine Partei, die den Angriffskrieg kritisch sieht. Auch die republikanische Volkspartei CHP setzt auf das "Türkentum" und intensiviert ihren anti-kurdischen Kurs.

Tausende Menschen sollen sich freiwillig in den Rekrutierungsbüros der türkischen Armee gemeldet haben, um in Afrin gegen die "Terroristen", gemeint ist die kurdische Bevölkerung von Afrin, zu kämpfen. In einer Kleinstadt im Nordosten der Türkei warb der örtliche Vorsitzende der faschistischen Partei der Grauen Wölfe, MHP, Freiwillige mit den Worten: "Die Terroristen suchen ein Loch, einen Platz, um vor den türkischen Soldaten abzuhaufen. Aber diese Armee ist die Armee der Türken. Sie ist die Armee der Anhänger Mohammeds."

### Die Ursprünge des türkischen Nationalismus

Die Symbiose zwischen türkischem Nationalismus und politischem Islamismus bildet eine noch gefährlichere Gemengelage als der türkische Nationalismus zu Zeiten der Jungtürken und

der aus den Überresten des Osmanischen Reiches entstehenden Türkischen Republik 1923: sie verbindet zwei Lager in der Bevölkerung, die bislang eher nebeneinander existierten.

In den zwanziger, dreißiger Jahren bestimmte nicht mehr die osmanisch-muslimische Identität die Identitätskonstruktion großer Teile der Bevölkerung, sondern die Ethnie der türkischen Nation. "Ich bin stolz, ein Türke zu sein", prangte in großen Lettern in den kurdischen Bergen.

Die Jungtürken wollten einen ethnisch monolithischen Staat errichten, in dem nur Türken lebten. Der Völkermord an den Armeniern, Christen, Pontos-Griechen und den Assyriern waren eine Folge dieser Ideologie. Kemal Atatürk, der zwar selbst nicht an dem Genozid beteiligt war, bewahrte jedoch die nationalistische Ideologie der Jungtürken und schuf auf diesem Fundament die neue Türkische Republik.

Daher rührt auch bei den Kemalisten, wie sich die Mitglieder der CHP auch bezeichnen, die tief sitzende Aversion gegen alles Kurdische. Noch heute prägt diese antikurdische, kemalistische Haltung fast die gesamte türkische Intelligenz. Sie ist - wenig überraschend - auch in den säkularen türkischen Organisationen in Deutschland, sowie bei den Politikern und Politikerinnen mit türkischem Migrationshintergrund in den deutschen Parteien vorherrschend.

### Der Traum vom "Großtürkischen Reich" wird real

Die CHP unterscheidet sich von der faschistischen MHP vor allem in einem Punkt. Die CHP wirbt für ein nationalistisches System innerhalb der türkischen Grenzen, in dem ethnische Minderheiten keinen Platz haben. Die MHP träumt dagegen vom Großtürkischen Reich. Erdogan und die AKP bedienen sich der Rhetorik der MHP vom Neo-Osmanischen Reich, um, wie schon ausgeführt, mit Blick auf die Wahlen 2019, mögliche Wähler von MHP und IYI-Parti an die AKP zu binden.

Dabei instrumentalisiert die AKP den Islam als Mittel für türkische Herrschaftsansprüche jenseits der türkischen Grenzen. Erdogan möchte der Führer einer muslimischen Welt unter türkischer Führung werden. Nordsyrien bietet sich da in zweierlei Hinsicht an: Erstens ist Nordsyrien Teil der neo-osmanischen Phantasien von Erdogan - seiner Herrschaft von Afrin bis Aleppo über den gesamten Norden Syriens bis nach Mossul und Kirkuk im Irak.

Zweitens kann er sich über diesen Angriffskrieg eines Teils der verhassten Kurden entledigen. So, wie es momentan aussieht, wird sich die westliche Welt nicht gegen diesen neuen Genozid stellen. Vor diesem Hintergrund lassen sich auch einige Fragen an die amtierende Bundesregierung stellen. Weshalb nimmt sie die Erdogan-Lüge hin, es gehe in Nordsyrien, konkret in Afrin, nicht nur um den Kampf gegen die Kurden (die die Türkei als Terroristen betrachtet), sondern auch um den Kampf gegen den IS?

In der Region ist der IS nur noch in den Reihen der türkischen Invasionsarmee gegen die Kurden unterwegs. Dies ist nun schon mehrfach durch Bild- und Filmmaterial internationaler Medien dokumentiert.

Der Krieg in Afrin wird in den türkischen Medien religiös konnotiert und als islamische Befreiung von westlichen Mächten und ihren atheistischen kurdischen Verbündeten dargestellt. Zwar ist auch dies falsch, denn "die Kurden" sind keine homogene Ethnie. Allerdings gibt es unter ihnen auch eine große muslimische Bevölkerungsgruppe, die gleichwohl die SDF unterstützen - wie übrigens auch die dort ansässige arabische Bevölkerung. Wieso ist man nicht beunruhigt, wenn Erdogan immer wieder gegen westliche Werte im Allgemeinen hetzt?

Erdogan macht kein Hehl daraus, dass es ihm um eine Annexion geht. Er hat mehrmals öffentlich ausgeführt, dass Afrin "seinen eigentlichen Besitzern zurückgegeben werden soll". Damit ist gemeint, dass dort Türkei-konforme islamistische Kämpfer und ihre Familien angesiedelt werden sollen.

Dieser Plan hat einen Namen, der Nahostexperten ein Begriff ist: "Iskenderun-Modell". "Besetzen, niederlassen und dann ein Referendum durchführen", darauf lässt sich das Iskenderun-

Modell, auch bekannt als "Geschichte der Hatay-Übernahme", 1938 verkürzen.

1938 rückte der türkische Staat als "Sicherheitskraft" in Iskenderun ein, besetzte die Region mit eigenen Einwohnern" und führte dann ein Referendum durch, welches das Gebiet als "Provinz Hatay" der Türkei einverleibte. Auch heute geht es wieder darum, die demografische Struktur der Region dauerhaft zu verändern.

Damals wie heute wird ein Bild gezeichnet, das die syrischen Militärs als "Besitzer" der Region betrachtet. Es wird kein Zufall sein, dass Erdogan den osmanischen Begriff "Kuvā-yı Milliye" für die "nationalen Kräfte", die das "Vaterland vor dem 'syrischen Besatzerregime' retten", benutzt. Dies waren zu Zeiten des Sykes-Picot-Abkommens diejenigen Kräfte, die nach der Aufteilung des Osmanischen Reiches für dessen Erneuerung Krieg führten.

Erdogans Plan scheint es zu sein, die syrisch-arabischen Flüchtlinge in der Türkei als "die eigentlichen Besitzer der Region" dort anzusiedeln. Mit Hilfe der in Milliardenhöhe fließenden deutschen und EU-Zuwendungen für die syrischen Flüchtlinge in der Türkei kann er dort in die Infrastruktur investieren.

Die Türkei hat bereits durch die Ernennung von Landräten und Lokaladministratoren ein "de facto Protektorat" in der Region zwischen al-Bab, Rai, Azaz und Jarablus geschaffen. Stellvertreter des Gouverneurs von der Stadt Gaziantep (Türkei) regieren die Städte der Region. Eine große Anzahl turkmenischer Familien wurde dort angesiedelt, türkische Schulen und Geschäfte eröffnet.

Idlib, weiter südlich des türkischen Quasi-Protektorates, ist ebenfalls größtenteils in türkischer Hand, auch wenn es dort noch zu Auseinandersetzungen zwischen den konkurrierenden islamistischen Gruppen kommt, die alle etwas vom türkischen Kuchen abbekommen möchten.



Screenshot aus der Tagesschau vom 3.3.2018 zur bundesweiten Großdemonstration in Berlin gegen die türkischen Angriffe auf Afrin

## Europa schaut untätig zu

Politik hat nichts mit Moral zu tun, das ist eine bittere Wahrheit. Und so können wir nur staunend zuschauen, wie sich der amtierende Außenminister Gabriel mit der Freilassung von Deniz Yücel brüstet. Yücel hatte deutlich gemacht, dass er für Deals zu seiner Freilassung nicht zur Verfügung stände. Das ist politische Größe und zeigt Rückgrat. Aber er hat die Rechnung ohne die Bundesregierung gemacht.

Nicht nur die Türkei hat ihn als Geisel benutzt. Auch die Bundesregierung hat auf seine Kosten agiert. Was mussten sich Journalisten alles anhören? Nicht zu viel Protest, wir können es uns nicht verscherzen wegen der Verhandlungen zu Deniz Yücel etc.

In den letzten Wochen seit dem Angriff auf Afrin kommt zu Tage, was ein Preis für Yücel's Freilassung war: Eine weitere Verschärfung der Kriminalisierung der kurdischen Bevölkerung in Deutschland, die mittlerweile nicht mehr nur die Fahnen von der YPG/YPJ auf Demonstrationen zeigen dürfen.

Dem kurdischen Dachverband NavDem wurde im Zuge des Demonstrationsverbotes in Köln mitgeteilt, sie bräuchten überhaupt keine Demos mehr anmelden, denn diese würden sowieso verboten werden.

Zur Situation der kurdischen Bevölkerung in Afrin und in der Türkei schweigt die Bundesregierung bzw. gibt sich höchstens besorgt - und schaut dem herannahenden Genozid zu. Wie gesagt, Politik hat nichts mit Moral zu tun.

*Der Beitrag ist die redaktionell gekürzte Fassung eines Artikels, der am 19.2.2018 auf [www.telepolis.de](http://www.telepolis.de) veröffentlicht wurde.*

# Kampagne "Abrüsten statt Aufrüsten" – Was tun?

von Karl-Heinz Peil, Friedens- und Zukunftswerkstatt e.V., Frankfurt a.M.

Jede Kampagne braucht prägnante Forderungen als Kristallisationspunkt für eine massive Wirksamkeit. Bei der seit November letzten Jahres laufenden Kampagne "Abrüsten statt Aufrüsten", die sich im Kern gegen die Umsetzung der NATO-Vorgaben nach Erhöhung der Militärausgaben richtet, könnte dieses die Bewertung dessen sein, was man mit 30 Mrd. Euro ausgeben kann.

## Warum 30 Mrd. Euro?

Der Militäretat betrug im Jahr 2017 37 Mrd. Euro. Auch dieses ist ein Maßstab. Weitere 30 Mrd. Euro kämen hinzu, wenn eine Aufstockung gemäß den NATO-Kritierein von 1,2% auf 2% des BIP erfolgen würde. Der 2%-Wert selbst ist relativ abstrakt und schwer einzuordnen, zumal es auch mehrere Länder gibt, die einen höheren Anteil des BIP für das Militär ausgeben. Entscheidend ist jedoch: Deutschland ist nach den USA da wirtschaftlich stärkste Land in der NATO und mit dieser Aufstockung würde Deutschland auch zur stärksten Militärmacht in Europa.

Doch der Wahnsinn einer Aufstockung der Militärausgaben um 30 Mrd. Euro erschließt sich erst im Vergleich zu anderen gesellschaftlichen Problemen, die - im Gegensatz zu den Rüstungsausgaben - auch von der Mehrheit der Bevölkerung als solche tatsächlich wahrgenommen werden.

## Rüstungsausgaben werden ausgeblendet

Der UN-Generalsekretärs Antonio Guterres erklärte zum Neujahrstag 2018 in einer kurzen und knappen Ansprache:

*"Ich warne - Alarmstufe rot für unsere Welt. Konflikte haben sich vertieft und neue Gefahren sind aufgetreten. Globale Ängste vor Atomwaffen sind am stärksten seit dem Kalten Krieg. Der Klimawandel bewegt sich schneller als wir. Ungleichheiten wachsen."*

Ein Kontrast dazu war die Neujahrsansprache 2018 von Bundeskanzlerin Angela Merkel. Globale Konflikte und das Wort "Frieden" kamen in ihrer Rede überhaupt nicht vor. Sie

bedankte sich zwar bei den „Soldatinnen und Soldaten, die hierzulande oder in den Auslandseinsätzen ihren Dienst für unser Land tun“, ohne aber auf Hintergründe einzugehen.

Dass die weitere Aufrüstung und die damit verbundenen globalen Probleme völlig ausgeblendet werden können, zeigt auch der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD. Wenn man von der Quantität der begrifflichen Nennungen auf die Qualität schließt, scheinen „Sicherheit“, „Digitalisierung“ und „Europa“ die großen Projekte zu sein. Natürlich muss auch hinterfragt werden, wie konkret diese Begrifflichkeiten verwendet werden.

In dem 177 Seiten umfassenden Papier taucht z.B. der Begriff Klima (Klimaschutz, Klimapolitik) zwar häufiger auf, allerdings nur mit unverbindlichen Floskeln. Die Tatsache, dass hier Deutschland mittlerweile von der früheren Vorreiterrolle ins Hintertreffen geraten ist, wird damit übergangen, dass man die "Handlungslücke zur Erreichung des Klimaziels 2020 so schnell wie möglich" schließlich wolle. Wie dieses geschehen soll, wird einer Kommission übertragen, was auch für andere Themen- und Problemkreise im Koalitionsvertrag gilt.

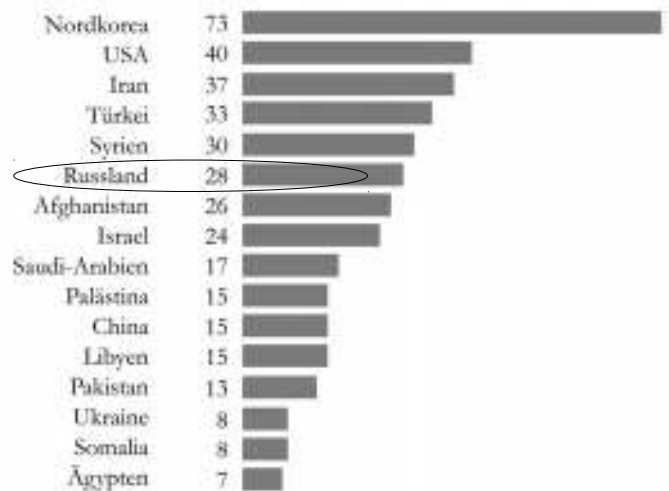
### Nennung von Begrifflichkeiten im Koalitionsvertrag CDU/CSU/SPD:

- digital: 290
- Sicherheit: 171
- Europa: 111
- Frieden: 43
- Wohlfahrt: 22
- Armut: 11 (Reichtum: 0)
- Sozialstaat: 5
- Klima: 73 (Klimawandel: 5)

Während man die in Deutschland getätigten Investitionen in erneuerbare Energien als eine Hauptkomponente für den weltweiten Klimaschutz auf 14 Mrd. Euro beziffern kann (Stand 2016),

liegen die Rüstungsausgaben bei mittlerweile 37 Mrd. Euro. Während aber die Rüstungsausgaben mit dem Koalitionsvertrag einen Sprung nach oben machen, wird in Bezug auf den Klimaschutz die Energiewende abgewürgt, der Kohleausstieg ebenso vertagt wie die notwendige Verkehrswende zu Lasten von motorisierten Individualverkehr und fossilen Brennstoffen in Straßen- und Luftverkehr.

Grafik: Von diesen Ländern geht in den nächsten Jahren die größte Bedrohung für den Frieden in der Welt aus:



Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage in Sicherheitsreport 2018

## Welche Bedrohungen sind wahrnehmbar?

Die Gefahr einer atomaren Selbstzerstörung der Menschheit ist in 2017 wieder stark in den Vordergrund gerückt. Diese Wahrnehmung – wie von Antonio Guterres formuliert – ist vor allem auf die Zuspitzung zwischen Nordkorea und den USA zurück zu führen. Eine nachhaltige Beeinflussung auf die Wahrnehmung in der deutschen Bevölkerung ist damit hingegen nicht verbunden. Die weltpolitischen Entwicklungen, die von einem anderen Ende der Welt auf Deutschland ausstrahlen, sind zu flüchtig, z.B. durch die Abfolge von atomarem Säbblrasseln und Entspannungssignalen am Rande der Olympischen Winterspiele in Südkorea.

In der Vergangenheit galt dieses bereits durch die Wahrnehmung des

Afghanistan-Krieges in Deutschland. Dass Deutschlands Sicherheit auch am Hindukusch verteidigt werden muss, war und ist über lange Jahre hinweg bei Meinungsumfragen lediglich einer Minderheitsmeinung. Die mehrheitliche Ablehnung dieses Auslandseinsatzes der Bundeswehr hat möglicher Weise mehr damit zu tun, dass die Bundesregierung sich aus guten Gründen darum bemüht, diesen nicht als Kriegseinsätze

ten. Beispiele: notwendige Schulsanierungen, fehlende Kindertagesstätten, fehlendes Personal im sozialen Bereich. In der durch die Kampagne „Abrüsten statt Aufrüsten“ herausgegebenen Abrüstungszeitung finden sich bereits solche Beispiele. Weitere Beispiele, auf die nachfolgend Bezug genommen wird, sind auf Seite 16 dieser Ausgabe aufgeführt.

politischen Diskurs veranschaulicht werden.

### Beispiel Pflegenotstand

Die große Mehrheit der Bevölkerung unterstützt gemäß vorliegenden Umfragen eine starke Aufstockung der Ausgaben für bedarfsgerechte Pflege und angemessene Bezahlung in Krankenhäusern, Pflegeheimen und ambulanter Betreuung. Seriöse Berechnungen ergeben, dass dafür jährlich ca. 5 Mrd. Euro zusätzlich notwendig wären. Von solchen Konsequenzen sind jedoch die mehr kosmetischen Maßnahmen im neuen Koalitionsvertrag meilenweit entfernt.

Einerseits wären 5 Mrd. Euro angesichts der Gesamtausgaben für das Gesundheitswesen in Höhe von 340 Mrd. Euro (wovon ab nur 75 Mrd. Euro aus öffentlichen Haushalten kommen), sicherlich durch Ausgabenverlagerungen in diesem Bereich selbst zu leisten. Die Ineffizienz dieses kostspieligen Systems, das immer mehr von privaten Profitinteressen dominiert wird, ist offensichtlich.

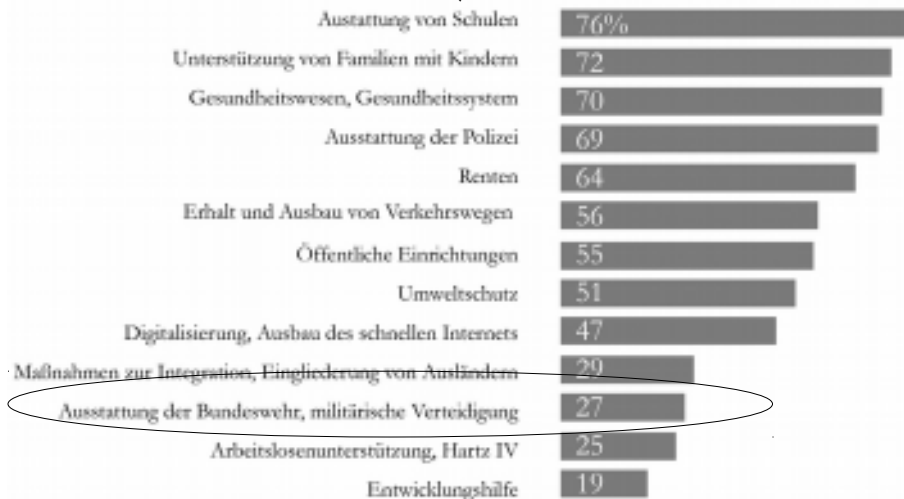
Ein anderer Aspekt ist freilich die moralische Verantwortung für Mitmenschen, die dadurch den Pflegenotstand persönlich zu spüren bekommen. Dem gegenüber steht die Begründung der weiteren Aufrüstung für eine „weltweite Verantwortung“, die damit von der Bundeswehr wahrgenommen werden müsse. Zu fragen wäre, welche menschliche Verantwortung damit verbunden ist.

### Beispiel Verkehrskollaps und ÖPNV

In der Debatte um den Diesel-Skandal und die Luftverschmutzung durch Stickoxide wurde kürzlich sogar von der Bundesregierung – wegen drohender Sanktionen aus Brüssel – der Nulltarif für den ÖPNV ins Spiel gebracht. Sofort entwickelte sich über die Medien eine lebhafte Debatte über dessen (Nicht-)Finanzierbarkeit. Tatsächlich wäre auch ohne größere Haushalts-Umschichtungen der ÖPNV-Nulltarif allein durch eine Änderung der Steuerbegünstigung des Dieselmotors bereits überwiegend finanzierbar.

Unabhängig davon kann aufgezeigt werden: Bereits mit 15 Mrd. Euro könn-

Wofür der Staat mehr Geld ausgeben sollte  
Quelle und Grafik: wie vor



zu benennen – siehe die o.g. Neujahrsansprache der Bundeskanzlerin. Einer dieser Gründe ist die Abschiebung von Afghanistan-Flüchtlingen, zu deren Skandalisierung das derzeitige Kräfteverhältnis der Zivilgesellschaft gegenüber Regierung und Bundesbehörden nicht ausreicht.

Unsicherheiten und Bedrohungen für die Mehrheit der deutschen Bevölkerung – die auch maßgebend für den gesellschaftlichen Rechtsruck sind – sind in vielen Lebensbereichen spürbar. Einen direkten Bezug zu den Militärausgaben, die ja der äußeren Sicherheit dienen sollen, gilt es zu vermitteln.

### Haushalts-Umschichtungen zugunsten Sozialausgaben

Hier lassen sich prägnante Beispiele dafür auflisten, welche Ressourcen der Rüstungsausgaben in anderen gesellschaftlichen Bereichen fehlen. Dieses betrifft sowohl die bundesweiten Haushaltsausgaben für Rüstung einerseits und Sozialausgaben andererseits, wie auch der Vergleich von Rüstungsprojekten mit gesellschaftlich notwendigen, bzw. unterfinanzierten Einzelpos-

### Sozial-ökologische Transformation

Diese Forderung beinhaltet im Kern eine Konversion von produzierender Industrie (für Güter des tatsächlichen Bedarfs) und regionaler Infrastrukturen (z.B. Mobilität für alle). Der Doppelbegriff drückt auch aus, dass diese umweltpolitische Vision nicht nur eine globale Nord-Süd-Frage ist, sondern auch eine gesellschaftliche Spaltung in unserem eigenen Land überwunden werden muss. Während Teile unserer Gesellschaft immer mehr Ressourcen für Konsumgüter und Energie verschwenden, verarmt ein zunehmend größerer Teil der Bevölkerung und kann vorhandene Ressourcen nur extrem sparsam nutzen. Es geht deshalb um ein neues Wohlstandsmodell unter ökologischen Restriktionen.

### Welche Argumente für Abrüstung können wirken?

Welche Argumente gegen Aufrüstung und für Abrüstung zweckmäßig in Bezug auf vorhandene und auch konkret wahrnehmbare gesellschaftliche Probleme hier in Deutschland sind, soll an zwei Beispielen aus dem aktuellen

te der ÖPNV-Nulltarif gestemmt werden, inklusive der notwendigen Verbesserungen in der Infrastruktur. Dem entgegen steht z.B. ein Milliardenprogramm zur Ausbau der militärischen Infrastruktur. So soll im März 2018 (nach Redaktionsschluss) ein Aktionsplan zur Verbesserung der militärischen Mobilität von der EU-Kommission in Zusammenarbeit mit der NATO vorgelegt werden.

### Umfrage: geringer Stellenwert der Bundeswehr

Der Sicherheitsreport 2018 (siehe dazu auch den „Kasten“-Beitrag auf Seite 7 dieser Ausgabe) liefert zum einen als Ergebnis, dass eine Bedrohung des Weltfriedens durchaus wahrgenommen wird. Allerdings wird Russland – gegen das sich die verschärfte Aufrüstung in erster Linie richtet – erheblich weniger als Ausgangsland einer militärischen Bedrohung wahrgenommen, als (in dieser Reihenfolge) Nordkorea, USA, Iran, Türkei und Syrien.

Noch interessanter ist die Häufigkeit der Einzelnennungen in Bezug auf Ausgabefelder des Staates. Hier rangiert die Bundeswehr erst an 11. Stelle, noch hinter Maßnahmen zur Integration und Eingliederung von Ausländern.

### Fazit: Empört euch

Ausgaben für die Bundeswehr haben in der öffentlichen Wahrnehmung einen geringen Stellenwert. Dieses steht in einem deutlichen Kontrast zu dem propagandistischen Trommelfeuer, mit dem eine russische Bedrohung dargestellt wird, die als Hauptgrund für eine weitere Aufrüstung herhalten muss.

Demgegenüber sind Pflegenotstand sowie Verkehrskollaps und Umweltprobleme durch den Straßenverkehr aktuell in einer breiten öffentlichen Diskussion. Diese Themen sind auch beispielhaft für die politische Stagnation, die jetzt mit der Fortsetzung der neuen „GroKo“ eingeleitet worden ist. Die Unfähigkeit bzw. Unwilligkeit

der politischen Klasse zu notwendigen, da bereits seit langem überfälligen Veränderungen ist in der deutschen Bevölkerung zunehmend spürbar.

Dem entgegen steht eine „dynamische“ Entwicklung der Rüstungsausgaben, die aber im öffentlichen Diskurs noch weitgehend ausgeblendet wird. Ein Schulterschluss zivilgesellschaftlicher Bewegungen ist möglich und die Friedensbewegung kann hierzu beitragen. Nur so kann verbreiteter Widerstand den notwendigen Kurswechsel erzwingen.

Empört euch,  
beschwert euch  
und wehrt euch,  
es ist nie zu spät!

Empört euch,  
gehört euch  
und liebt euch  
und widersteht!

*Refrain eines Songtextes  
von Konstantin Wecker*

## Angst im Sozialstaat – Hintergründe und Konsequenzen

*aus einer Publikation der Friedrich-Ebert-Stiftung*

Obwohl in der öffentlichen Meinung in Deutschland zuletzt viel Zukunftsoptimismus herrschte, verweisen minderheitenfeindliche Tendenzen und der Aufstieg rechtspopulistischer Kräfte auf eine latente soziale Krise. Wir argumentieren, dass diese maßgeblich mit der Liberalisierung des deutschen Sozialmodells zusammenhängt. Diese provoziert Angstzustände, welche Anpassungsbereitschaften erzeugen, aber zugleich die soziale Integration strapazieren. [...]

Die unter dem Druck von Globalisierung und neoliberalen Zeitgeist betriebene Deregulierung von Arbeitsverhältnissen bescherte der Kapitaleite ein wachsendes Drohpotenzial und vielen Erwerbstätigen neue, mitunter existenzielle Risiken sowie ein höheres Potenzial für Statusgefährdung. Entstanden sind erweiterte Zonen ungesicherter, vielfach niedrig entlohnter Erwerbsarbeit, und soziale Abstiege in diese Zonen wurden auch für qualifizierte Beschäftigte vorstellbar(er), während Aufstiege in besser gesicherte Segmente immer schwieriger erscheinen. [...]

Wie die jüngeren Erfahrungen im Kontext der Flüchtlingskrise angedeutet haben, können Ängste und Enttäuschungen von Sicherheitserwartungen erratische Reaktionen hervorrufen.

Entsprechende gesellschaftliche Konsequenzen – darunter die Etablierung der AfD im deutschen Parteiensystem oder wachsende Ressentiments gegen Minderheiten – sind unübersehbar. Das Thema „Innere Sicherheit“ wird zunehmend wahlentscheidend. Und sobald sich die wirtschaftliche Konjunktur als weniger dynamisch erweist, sind der gesellschaftliche Zusammenhalt und die politische Demokratie gefährdet, wie Ereignisse in anderen Ländern signalisieren. [...]

Nur eine konsequente Abkehr vom Prinzip des individuellen Risikomanagements mit all seinen verängstigenden Folgen (eines möglichen Scheiterns) kann die Angstspirale durchbrechen. Anstatt nur auf der Klaviatur der „Angebotssozialpolitik“ zu spielen, bedarf es also des politischen Muts, für „traditionelle“ kollektive Absicherungen und nachhaltige Armutsbekämpfung einzutreten, u. a. durch Maßnahmen, die systematisch für eine egalitärere (auch Primär-)Einkommensverteilung sowie die Eindämmung prekärer Beschäftigung sorgen. [...] Verbesserungen der sozialstaatlichen Infrastruktur sind hier ein Mittel unter vielen, denn sie stiften Sicherheit und stärken den gesellschaftlichen Zusammenhalt, sofern kostenfreie und qualitativ hochwertige Leistungen für alle vorgehalten werden. Freilich bedarf es hierzu einer soliden Finanzierungsgrundlage, die wohl nur durch ein Ende der Austeritätspolitik und eine progressivere, europäisch zu koordinierende, Steuerpolitik herzustellen ist.

*Quelle: <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/13889.pdf>*



für die Friedensbewegung in Baden-Württemberg

[www.friedensnetz.de](http://www.friedensnetz.de) / [buero@friedensnetz.de](mailto:buero@friedensnetz.de)

Aufruf zum Ostermarsch in Stuttgart:

## Frieden braucht Bewegung - Gegen Aufrüstung, Krieg und atomares Wettrüsten

Immer größere Teile der Welt versinken in Krieg und Chaos und immer offener tragen die Groß- und Regionalmächte ihre Auseinandersetzungen mit Waffen in Drittstaaten aus.

### Mörderische Kriege

Seit über 16 Jahren ist die Bundeswehr in Afghanistan, ohne dass eine Verbesserung der Lage oder ein Ende des Einsatzes in Sicht wären. In Mali ist die Situation seit dem Beginn der Stationierung deutscher Truppen weiter eskaliert und auch in Syrien und dem Irak scheint sich die Bundeswehr dauerhaft festsetzen zu wollen.

Der Krieg in Syrien geht in eine neue Phase. Der NATO Staat Türkei fällt völkerrechtswidrig mit deutschen Panzern in hauptsächlich von Kurden bewohnte Gebiete Syriens ein.

Auf der arabischen Halbinsel finden bereits jetzt mehrere Stellvertreterkonflikte (insbesondere im Jemen) statt, die jederzeit zu einem offenen Krieg mit dem Iran eskalieren können.

### Milliardenschwere Aufrüstung

Aufgerüstet wird jedoch v.a. an den Grenzen zu Russland. Die NATO-Staaten haben sich verpflichtet, zukünftig 2 Prozent ihres Bruttoinlandsproduktes für Militär und Rüstung auszugeben – Geld, das anderswo dringend gebraucht würde.

Auch die Europäische Union reagiert auf die vielfachen Krisen mit gewaltigen Rüstungsprojekten und dem Ausbau ihrer eigenen militärischen Strukturen unter deutsch-französischer Führung. Die derzeitigen Aufrüstungspläne werden in Deutschland zu einer Verdoppelung der heutigen Rüstungsausgaben schon in wenigen Jahren führen. Über 70 Mrd. Euro für Waffen, Rüstungsgüter und Militär bedeuten immer weniger für Soziales, Bildung, Wissenschaft, Umwelt und für die Bekämpfung von Hunger, Armut und heilbaren Krankheiten.

### Wachsende Konfrontation der Atomwaffenstaaten

In diesem Kontext wächst auch die Gefahr einer atomaren Konfrontation nicht nur mit Nordkorea, sondern auch mit den Atomwaffenmächten Russland und China

Die USA rüsten ihre nuklearen Arsenale nach, Russland hat bereits angekündigt nachzuziehen. Ein weltweites atomares Wettrüsten ist in vollem Gange. Immer deutlicher sind wieder Stimmen zu vernehmen, die auch Atomwaffen für Deutschland und die EU fordern.

Gleichzeitig weigern sich die meisten NATO-Staaten, darunter Deutschland, dem 2017 von der großen Mehrheit der UNO beschlossenen Atomwaffenverbotsvertrag beizutreten.

Wo man hinschaut, sollen wirtschaftliche Interessen mit militärischen Mitteln durchgesetzt werden, wird auf soziale Probleme mit Aufrüstung reagiert. Immer öfter wird auch der Bundeswehreinsatz im Inneren vorgeschlagen und gepöbelt.

### Zunehmende Militarisierung der Gesellschaft

Im letzten Jahr hat die Rekrutierung Minderjähriger wieder zugenommen, über 2100 Mädchen und Jungen haben bei der Bundeswehr unterschrieben. Der UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes und die Empfehlung der Kinderkommission des Deutschen Bundestages, die Praxis der Rekrutierung von Minderjährigen einzustellen, müssen endlich umgesetzt werden!

### Kriegsvorbereitung in Baden-Württemberg

Aus diesen und anderen Gründen ist das Aufstehen gegen den Krieg so wichtig. Das gilt besonders für Stuttgart und Baden-Württemberg. Denn im Stuttgarter Umland sind die US-Spezialkräfte und Oberkommandos für Europa, Nordasien und Afrika stationiert.

Das Kommando Spezialkräfte der Bundeswehr (KSK) in Calw wird ausgebaut und soll zwei neue Standorte in Baden-Württemberg erhalten, darunter auch ein neues Hauptquartier für internationale Einsätze von Spezialeinheiten im NATO-Rahmen. In Stuttgart soll in diesem Mai obendrein die Militärmesse „ITEC“ stattfinden.

Damit wird das Bundesland immer mehr zum Ausgangspunkt alltäglicher, häufig aber verdeckter Kriegführung in den Stellvertreterkriegen auf den Schlachtfeldern dieser Erde.

### Wir fordern:

*Krieg beginnt hier und hier muss er auch beendet werden: Africom und Eucom schließen, Kommando Spezialkräfte auflösen. Keine Militär und Waffenmesse wie die „ITEC“ in Stuttgart oder anderswo.*

*Abrüsten für den Frieden, statt Rüsten für den Krieg: Drastische Senkung statt Erhöhung der Rüstungsausgaben, Konversion von Rüstungsunternehmen und militärischen Liegenschaften, Stopp der Rüstungsexporte. Keine neuen Flächen für die Bundeswehr und kein Ausbau bestehender Militärstandorte.*

*Die atomare Gefahr bannen: Für ein Verbot von Atomwaffen. Beitritt Deutschlands zum Atomwaffenverbotsvertrag.*

*Für ein Recht auf Flucht: Keine Abschiebungen in Elend und Krieg und erst recht keine Abschiebungen in Einsatzgebiete der Bundeswehr.*

*Keine Bundeswehr in Bildungseinrichtungen und auf Ausbildungsmessen. Kein Werben fürs Sterben.*

Karfreitag 30.3. 15 Uhr Messe Stuttgart:  
Auftaktaktion gegen die Rüstungsmesse ITEC  
Karsamstag, 31.3. 14 Uhr Marktplatz:  
Kundgebung zum Start des Ostermarsches  
14:30 Uhr Ostermarsch durch die Innenstadt  
16 Uhr Schlossplatz Abschlusskundgebung

# Materialien der Kampagne „Abrüsten statt Aufrüsten“

## Militärische Infrastruktur oder ÖPNV-Nulltarif?

**30 Mrd. Euro p.a. mehr für die Rüstung gemäß NATO-Vorgaben**  
u.a. um die militärische Infrastruktur für schnelle Truppenverlegungen nach Osteuropa zu schaffen (Aktionsplan zur Verbesserung der militärischen Mobilität)

**Alternativ: 15 Mrd. Euro p.a. für sozial-ökologische Verkehrswende**

**Was der Nulltarif im ÖPNV kosten würde:**  
13 Mrd. Euro durch Wegfall der jährlichen Einnahmen bei öffentlichen Verkehrsunternehmen durch ÖPNV-Nutzer  
2 Mrd. Euro durch zusätzliche Investitionen in die Infrastruktur des ÖPNV für ein erhöhtes Fahrgastaufkommen

**Was der Nulltarif im ÖPNV bringen würde:**

- weniger Tote durch Luftverschmutzung
- weniger Lärmbelastung und Gesundheitsschäden durch Straßenverkehr
- finanzielle Entlastung unterer Einkommensgruppen
- mehr öffentlich nutzbare Flächen in Innenstädten statt Pkw-Parkflächen




**ABRÜSTEN STATT AUFRÜSTEN**

Publ. Ausschuss der Friedens- und Zukunftswerkstatt am 10.11.2017  
Quellen: ÖPNV-Kosten gemäß VDV, wesentliche Texterläuterung durch  
Luftverschmutzung EU-weit 490.000 p.a. nach ERM-Kommission

Friedens- und Zukunftswerkstatt e.V.

# ABRÜSTEN STATT AUFRÜSTEN

## 30 MILLIARDEN MEHR FÜR'S MILITÄR?

### DAS IST WAHNSINN!

**UNTERZEICHNE JETZT!**

[www.abruersten.jetzt](http://www.abruersten.jetzt)

Das Plakat kann über das Netzwerk Friedenskoooperative bestellt werden.

## Mehr Geld für Kriegs- oder Gesundheitsdienste?

**Vorgesehen sind: 30 Mrd. Euro p.a. zusätzlich für die Aufrüstung gemäß NATO-Vorgaben (2% von BIP)**  
u.a. um für „weltweite Verantwortung“ verstärkt Auslandseinsätze vornehmen zu können.



**Nicht vorgesehen sind: 5 Mrd. Euro p.a. zusätzlich für bedarfsgerechte Pflege und angemessene Bezahlung**  
In Krankenhäusern, Pflegeheimen und ambulant sind 1,1 Millionen Menschen beschäftigt, zumeist schlecht bezahlt und völlig überlastet. Aktuell fehlen mindestens 100.000 Pflegekräfte. In einigen Jahren könnten sogar mindestens 200.000 zusätzlich gebraucht werden.



**ABRÜSTEN STATT AUFRÜSTEN**

Quellen:  
732.000 Beschäftigte in Ki in Deutschland; 100.000 Beschäftigte in ambulanten Pflege (inkl. Heimer Teilzeit-Beschäftigtenanteil); vorab fordern 20.000 zusätzliche Pflegekräfte in Krankenhäusern; Durchschnittlicher Pflegegrad: niedrig; 30.000 Stellen in Krankenhäusern und 30.000 in Langzeitpflege als Sofordrigem; Expertenrechnung: Bedarf von 100.000 in Krankenhäusern; Euro durchschnittliche Vollzeit-Pflegekraft kostet 30.000 Euro; Angehörigenrente

Friedens- und Zukunftswerkstatt e.V.

[www.abruersten.de](http://www.abruersten.de)

**ABRÜSTEN STATT AUFRÜSTEN**

Bitte für die folgende Initiative unterschreiben und abgeben bis 01.02.2018 um 18:00 Uhr.

Friedens- und Zukunftswerkstatt e.V. Friedens- und Zukunftswerkstatt e.V. 10000 Frankfurt a.M. 01.02.2018

**Ich möchte die Initiative ABRÜSTEN statt Aufrüsten**

- Ja, ich unterschreibe die Initiative ABRÜSTEN statt Aufrüsten
- Ja, ich unterschreibe die Initiative ABRÜSTEN statt Aufrüsten
- Ja, ich unterschreibe die Initiative ABRÜSTEN statt Aufrüsten
- Ja, ich unterschreibe die Initiative ABRÜSTEN statt Aufrüsten
- Ja, ich unterschreibe die Initiative ABRÜSTEN statt Aufrüsten
- Ja, ich unterschreibe die Initiative ABRÜSTEN statt Aufrüsten

Bitte Name, Adresse und Telefonnummer angeben. Bitte handschriftlich unterschreiben und abgeben bis 01.02.2018 um 18:00 Uhr.

Die derzeit sechs Folien der Friedens- und Zukunftswerkstatt mit Argumenten gegen weitere Aufrüstung sind im Internet als PDF abrufbar (Bilddatei auf Anfrage) unter: [http://www.frieden-und-zukunft.de/userfiles/pdf/2018/Folien\\_Ruestungsausgaben.pdf](http://www.frieden-und-zukunft.de/userfiles/pdf/2018/Folien_Ruestungsausgaben.pdf)

Unterschriftenlisten können bei der Friedens- und Zukunftswerkstatt angefordert und zur Auswertung zugesandt werden.  
Die Abrüstungszeitung kann auf der Homepage der Kampagne unter [www.abruersten.jetzt](http://www.abruersten.jetzt) bestellt werden.

## ABRÜSTEN STATT AUFRÜSTEN

• Klein-Edition der Rüstungsausgaben – Abrüsten ist der Geist der Stadt •

**ABRÜSTEN STATT AUFRÜSTEN**

Die Rüstungsausgaben der Rüstungsausgaben werden in 2018 auf dem Festen der deutschen Friedensbewegung, in mehreren 1000 Exemplaren.

**Z**

Abstrich der Rüstungsausgaben

Bitte für die folgende Initiative unterschreiben und abgeben bis 01.02.2018 um 18:00 Uhr.

